

VERTRAG
über
Generalplanerleistungen für den Abriss
und den Neubau der zentralen
Notaufnahme

Vertrag

zwischen

Klinikum Leverkusen gGmbH, Am Gesundheitspark 11, 51375 Leverkusen, vertreten durch Frau Dr. Anja Mitrenga-Theusinger und Herrn Dr. André Schumann

- nachstehend „Auftraggeber“ genannt -

und

XXX

- nachstehend „Auftragnehmer“ genannt -

wird nachfolgender Generalplanervertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Ausgangslage und Vertragsgegenstand	4
§ 2	Vertragsbestandteile	5
§ 3	Allgemeine Pflichten der Vertragsparteien, Vertragsziele	6
§ 4	Leistungsumfang, Leistungsanforderungen	7
§ 5	Stufenweise Beauftragung	9
§ 6	Weitere Pflichten des Auftragnehmers	12
§ 7	Kostenziel	14
§ 8	Beachtung der Verordnungen der Europäischen Union „Russland-Sanktionen“	16
§ 9	Fachlich Beteiligte	17
§ 10	Termine und Fristen	18
§ 11	Vertragsstrafe	19
§ 12	Honorar	20
§ 13	Leistungsänderungen	21
§ 14	Zahlungen und Schlussrechnung	22
§ 15	Abnahme	23
§ 16	Mängelansprüche	24
§ 17	Herausgabe von Unterlagen, Zurückbehaltungsrechte	24
§ 18	Nutzungsrechte	25
§ 19	Kündigung	26
§ 20	Haftpflchtversicherung	27
§ 21	Pflichten bei Beauftragung von Unterauftragnehmern	27
§ 22	Schlussbestimmungen	28
	Anlagenverzeichnis	29

§ 1 Ausgangslage und Vertragsgegenstand

- 1.1 Das Klinikum Leverkusen, akademisches Lehrkrankenhaus der Universität zu Köln, ist ein Krankenhaus der regionalen Spitzenversorgung mit einem hochqualifizierten medizinischen und pflegerischen Leistungsangebot. Mehr als 2.600 Menschen kümmern sich in zwölf medizinischen Fachabteilungen mit insgesamt 746 Betten, zahlreichen Zentren und Instituten sowie in den Servicebereichen, Tochtergesellschaften und in der Verwaltung um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Patientinnen und Patienten. Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Pflegekräfte, Therapeutinnen und Therapeuten sowie andere Berufsgruppen sind dafür rund um die Uhr im Einsatz.

PROJEKTDESCREIBUNG

- 1.2 Das Gebäude mit dem einleitend beschriebenen Bauvorhaben befindet sich auf dem Gelände des Klinikums Leverkusen, Gemarkung Schlebusch (4607), Flur 6, Flurstück XXX. Die Anfahrt und Zufahrt erfolgt über die Straße: „Am Gesundheitspark“. Das Grundstück ist im Besitz der Klinikum Leverkusen gGmbH.
- 1.3 Für das Grundstück und das Gebäude liegt der Bebauungsplan Nr. 193/III „Schlebusch – Gesundheitspark Leverkusen“ vom 22.09.2015 der Stadt Leverkusen vor.
- 1.4 Der Auftragnehmer übernimmt auf der Grundlage dieses Generalplanervertrages und seiner Bestandteile, alle für das Projekt erforderlichen Planungsleistungen für den geplanten Abriss und die Neuerrichtung einer zentralen Notaufnahme (Vertragsobjekt) über die gesamte Vertragsdauer.
- 1.5 Gegenstand dieses Vertrages sind insbesondere die Grundleistungen der Leistungsbilder
- 1.5.1 Bauphysik (Anlage 1.2 zu § 3 Abs. 1 HOAI);
 - 1.5.2 Gebäude und Innenräume (§§ 33 ff., Anlage 10.1 zu § 34 Abs. 4 HOAI);
 - 1.5.3 Tragwerksplanung inkl. Prüfung (§§ 49 ff., Anlage 14.1 zu § 51 Abs. 5 HOAI);
 - 1.5.4 Technische Ausrüstung (§§ 53 ff., Anlage 15.1 zu § 55 Abs. 3 HOAI);
 - 1.5.5 Brandschutz nach AHO, Heft Nr. 17.
- 1.6 sowie zudem
- 1.6.1 besondere Leistungen, die für die Neuerrichtung der zentralen Notaufnahme erforderlich sind, nach Maßgabe dieses Vertrages und seiner Anlagen, in dem in der Leistungsbeschreibung definiertem Umfang,
 - 1.6.2 Generalplanerleistungen, Koordination und Steuerung der Projektbeteiligten in dem in der Leistungsbeschreibung definiertem Umfang, sowie

- 1.7 Der Auftragnehmer hat die Vertragsleistungen sicher, effizient und termingerecht sowie unter Beachtung des Gebots der Wirtschaftlichkeit in der geschuldeten Qualität durchzuführen. Dabei sind alle einschlägigen gesetzlichen und untergesetzlichen Vorschriften, Richtlinien und Verordnungen sowie ihm bekannt gegebener behördlicher Bestimmungen einschließlich der für ihn jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur Entlohnung einzuhalten und zu berücksichtigen. Der Auftragnehmer gewährleistet die Einhaltung sämtlicher einschlägiger Arbeitsschutz-, Sicherheits-, Umwelt- und Unfallverhütungsvorschriften sowie der klinikspezifischen Sicherheitsvorgaben. Er hat hierfür eine geeignete Organisation vorzuhalten und die Einhaltung durch seine Mitarbeiter und sämtliche Unterauftragnehmer sicherzustellen. Verstöße hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich in Textform anzuzeigen

§ 2 Vertragsbestandteile

- 2.1 Vertragsbestandteile sind bzw. werden:

- 2.1.1 dieser Vertrag;
- 2.1.2 die Leistungsbeschreibungen des Auftraggebers inkl. Anlagen, Anlage 1;
- 2.1.3 die Bestandsdokumentation, Anlage 2
- 2.1.4 die Kostenberechnung des Auftragnehmers nach DIN 276 (Fassung 2018-12) aus der Leistungsphase 3, Anlage 3;
- 2.1.5 das Honorarblatt, Anlage 4;
- 2.1.6 der Rahmenterminplan, Anlage 5
- 2.1.7 der Terminplan, Anlage 6
- 2.1.8 das letztverbindliche Angebot des Auftragnehmers vom 21.04.2026 inkl. Anlagen, Anlage 7;
- 2.1.9 alle nach deutschem Recht geltenden Gesetze und Bestimmungen, insbesondere alle technischen Vorschriften und Normen (wie z.B. DIN, EN, ISO-Normen, VDI-, VDE-, VdS-Richtlinien und TÜV-Vorschriften sowie AMEV), die jeweiligen Herstellerrichtlinien und -vorschriften, die sonstigen allgemein anerkannten Regeln der Technik; einschließlich der in der Anlage 1 **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** aufgeführten Gesetze und Bestimmungen,
- 2.1.10 die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Abschluss des Vertrages gültigen Fassung,

2.1.11 die Bestimmungen des BGB, insbesondere über den Architektenvertrag (§§ 650p ff. BGB) und den Werkvertrag (§§ 631 ff.), mit Ausnahme von § 650e BGB.

2.2 Auslegung, Widersprüche

2.2.1 Bei Widersprüchen zwischen dem Text dieses Vertrages und den unter § 2.1 genannten sonstigen Vertragsbestandteilen, bei Widersprüchen zwischen verschiedenen Vertragsbestandteilen oder innerhalb desselben Vertragsbestandteils ist die jeweilige höhere Qualität, größere Menge, bessere Funktionalität oder dergleichen geschuldet. Ist der Widerspruch hierüber nicht zu lösen, gilt die Reihenfolge des § 2.1 als Rangfolge.

2.2.2 In jedem Fall sind zumindest die anerkannten Regeln der Technik einzuhalten und es ist eine den übrigen Vorschriften dieses Vertrages sowie der Qualität des Vertragsobjekts entsprechende funktionsfähige Leistung geschuldet.

2.2.3 Im Übrigen gilt §§ 133, 157 BGB.

2.3 Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, Liefer- und Zahlungsbedingungen und dergleichen werden nicht Vertragsbestandteil dieses Vertrages und seiner Anlagen. Gleiches gilt für von dem Auftraggeber nicht abgeforderte Teile des Angebotes des Auftragnehmers, etwaige Vorverträge, Pläne oder Korrespondenz im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages.

§ 3 Allgemeine Pflichten der Vertragsparteien, Vertragsziele

3.1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, zur Durchführung dieses Vertrages partnerschaftlich und vertrauensvoll sowie in gegenseitiger Unterstützung und Rücksichtnahme zusammenzuarbeiten. Sie werden sich nach besten Kräften bemühen, den Vertragszweck zu fördern und bei auftretenden Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten eine einvernehmliche Lösung im Sinne der besten Förderung der Vertragsziele zu finden.

3.2 Die Parteien verfolgen insbesondere folgende besondere Ziele:

3.2.1 die Fertigstellung des Projektes „zum anvisierten Fertigstellungstermin 31.12.2030 (einschl. z.B. Abrechnung der Fördermittel) durch vertrags- und fristgerechte Leistungserbringung sicherzustellen,

3.2.2 sämtliche Synergieeffekte sowie Beschleunigungsmaßnahmen zur zeitlichen Optimierung des Projektes zu nutzen,

3.2.3 wirtschaftliche Umsetzung des Projektes in Bezug auf Bau- und Betriebskosten,

3.2.4 die kooperative Zusammenarbeit sowie die enge Abstimmung mit den Projektbeteiligten zur Optimierung des Projektes zu verfolgen,

3.2.5 einwandfreie Koordinierung sämtlicher Planungs- und Bauleistungen.

3.3 Die Parteien sind sich darüber einig, dass die Zielvorgaben (Planungs- und Überwachungsziele) durch die vorgenannten Zielvorstellungen und die in § 1 enthaltene Beschreibung des Vorhabens hinreichend definiert sind, so dass eine Zielfindungsphase im Sinne von § 650p Abs. 2 BGB entfällt. Der Auftraggeber kann während der Projektdurchführung weitere Projektziele benennen. Außerdem können die Planungsziele durch den Auftraggeber im Projekt angepasst werden.

§ 4 Leistungsumfang, Leistungsanforderungen

4.1 Der Auftragnehmer erbringt als Generalplaner sämtliche Planungs-, Koordinations- und Integrationsleistungen, die erforderlich sind, um die in § 3 des Vertrages festgelegten Vertragsziele zu erreichen, und schuldet somit das planerische Gesamtwerk. Soweit der Auftragnehmer die Einschaltung von Dritten für notwendig erachtet, hat er den Auftraggeber unverzüglich in Textform darauf hinzuweisen. Von dem Auftraggeber beigestellte Planungen und Gutachten hat der Auftragnehmer in seine Leistungen zu integrieren.

4.2 Der Auftragnehmer bestätigt, dass er vor der Unterzeichnung dieses Vertrags diesen Vertrag mitsamt aller Anlagen und dort einbezogener Dokumente (einschließlich Leistungsbeschreibung, Bestandsdokumentation und anderen Unterlagen) sorgfältig gelesen und sich mit allen Anforderungen an Art, Qualität und Umfang des Leistungsgegenstands vertraut gemacht hat. Der Auftragnehmer hat die ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen auf etwaige Unstimmigkeiten zu prüfen und den Auftraggeber während der gesamten Laufzeit des Vertrages auf solche hinzuweisen. Insbesondere teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich mit, sobald er erkennt, dass Standards, geforderte Art und Weise der Vertragsausführung oder andere Teile der Anforderungen an das Vertragsobjekt fehlerhaft, unvollständig, nicht ausführbar, nicht eindeutig, unlogisch oder unwirtschaftlich sind oder andere Bedenken bestehen, und zeigt dem Auftraggeber deren Folgen auf. Der Auftragnehmer hat vor Vertragsabschluss insbesondere geprüft und bestätigt hiermit, dass sich das Vertragsobjekt nach Maßgabe aller gesetzlichen und vertraglichen Vorgaben einschließlich betrieblicher und funktionaler Anforderungen des Auftraggebers (insbesondere Integration in den laufenden Betrieb) vom Auftragnehmer fristgerecht und vollständig erfüllen lässt. Der Auftragnehmer kann sich nicht auf unvollständige oder unrichtige Vorgaben in diesem Vertrag berufen, wenn der Projekterfolg durch eine Korrektur, Vervollständigung oder Ergänzung dieser Vorgaben herbeiführbar ist. Es obliegt dem Auftragnehmer, für die Korrektur, Vervollständigung oder Ergänzung der Vorgaben Sorge zu tragen.

- 4.3 Der Auftragnehmer hat nach Maßgabe dieses Vertrages sämtliche vereinbarten planerischen Leistungen vollständig, mangelfrei und gemäß den terminlichen Vereinbarungen zu erbringen, deren Erbringung zu dokumentieren und dem Auftraggeber nachzuweisen.
- 4.4 Der Auftraggeber hat das Recht, den Auftragnehmer – gleichzeitig oder sukzessive – mit der Erbringung von Beratungs- und Gutachterleistungen (ggf. jeweils teilweise) zu beauftragen. Im Fall der jeweiligen Beauftragung ist der Auftragnehmer zur Erbringung der jeweils beauftragten Leistung verpflichtet.
- 4.5 Im Falle der Beauftragung der Leistungen der Leistungsphase 8 nach HOAI ist der Auftragnehmer verpflichtet, mit einem Vorlauf von einem Monat vor Beginn der Ausführungsleistungen dem Auftraggeber den verantwortlichen Mitarbeiter (Bauleiter) und dessen Vertreter für die Objektüberwachung vorzustellen. Der Auftragnehmer hat für die gesamte Bauzeit diesen Bauleiter nebst Vertreter zu stellen, deren Erreichbarkeit und Präsenzzeiten zwischen den Vertragsparteien abzustimmen sind. Der Auftraggeber kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes verlangen, dass der Auftragnehmer einen anderen (Fach-)Bauleiter bzw. jeweiligen Vertreter benennt. Der Auftragnehmer ist nicht zur Durchführung von Abnahmen ohne den Auftraggeber berechtigt.
- 4.6 Der Auftragnehmer führt zur Erreichung der Vertragsziele eine monatliche Kostenkontrolle aufgrund der dem Auftraggeber vorgelegten Rechnungen durch, wobei er seine jeweils aktuelle Kostenermittlung mit den Ergebnissen der vorausgegangenen Kostenermittlungen zu vergleichen und Veränderungen nachvollziehbar in Textform zu erläutern und zu begründen hat.
- 4.7 Der Auftragnehmer hat bei allen seinen Leistungen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in Bezug auf die Baukosten zu beachten. Die Baukosten dürfen nicht mit der Folge eingespart werden, dass die absehbaren Betriebs-, Verbrauchs- oder Instandhaltungskosten so steigen, dass die Einsparungen dadurch ausgeglichen werden.
- 4.8 Der Auftragnehmer hat Terminplanungen so zu erstellen, dass die Verknüpfungen sowohl zwischen den Planungs- als auch zwischen den Bauabläufen für den Auftraggeber erkennbar und nachvollziehbar sind. Insbesondere die Abläufe hinsichtlich des kritischen Weges sind verknüpft und nachvollziehbar darzustellen. Von drohenden oder eintretenden eigenen Leistungsverzögerungen oder Leistungsverzögerungen Dritter hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich und in Textform zu unterrichten, unabhängig davon, ob er diese zu vertreten hat oder nicht. Der Auftraggeber und der Auftragnehmer erörtern, ob und in welchem Umfang eine Leistungsverzögerung vorliegt und wie dieser Leistungsverzögerung entgegengesteuert werden kann. Der Auftragnehmer hat hierzu Vorschläge zu unterbreiten.
- 4.9 Der Auftragnehmer nimmt im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen an den von dem Auftraggeber einberufenen, routinemäßig bzw. auch an den auf besonderen Anlass

stattfindenden Bau- und Projektbesprechungen (Jour Fixes) sowie auf Anforderung an Sitzungsterminen sonstiger Gremien teil. Diese Besprechungen sowie weitere Besprechungen mit fachlich Beteiligten und Jour Fixes werden vom Auftragnehmer, soweit es seine Planungs- oder Koordinationsleistungen betrifft, in angemessenem Umfang protokolliert. Die Protokolle sind dem Auftraggeber innerhalb von einer Woche zu übermitteln. Die Ergebnisse der vorgenannten Besprechungen hat der Auftragnehmer in seine Pläne bzw. Planungsleistungen aufzunehmen bzw. einzuarbeiten. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die von ihm selbst beschäftigten oder durch Weitergabe von Leistungen beauftragten Dritten jederzeit für Rückfragen des Auftraggebers und für Besprechungen mit dem Auftraggeber oder anderen Projektbeteiligten am Geschäftssitz des Auftraggebers zur Verfügung stehen, sofern dies notwendig oder zweckmäßig ist. Darüber hinaus gewährleistet der Auftragnehmer im Falle der Weiterbeauftragung die notwendige, typischerweise wöchentliche, dem Baufortschritt angemessene Verfügbarkeit seines Projektbevollmächtigten auf der Baustelle.

- 4.10 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber auf seine Anforderung bis zum Ablauf der letzten Gewährleistungsfrist aus der Bauausführung bei das jeweilige Bauprojekt betreffenden Verwaltungsverfahren, außergerichtlichen, gerichtlichen und gutachterlichen Verfahren und Streitigkeiten zu unterstützen. Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die hierfür erforderlichen Informationen zur Verfügung bzw. Unterlagen zusammen. Sie beschränkt sich auf die eigenen Kenntnis- und Tätigkeitsbereiche des Auftragnehmers. Die vorgenannte Unterstützungspflicht wird nach tatsächlich erforderlichem Aufwand honoriert.
- 4.11 Der Auftragnehmer ist im Rahmen der übernommenen Leistung für die reibungslose Planung und Durchführung des Projekts verantwortlich. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Rahmen der Projektabwicklung alle zwei Wochen an einer Projektbesprechung mit dem Auftraggeber und weiteren Projektbeteiligten teilzunehmen.
- 4.12 Allgemein gilt für die Leistungspflichten des Auftragnehmers, dass dieser nach Maßgabe vorstehender Konkretisierungen zum Leistungssoll in Bezug auf das Projekt sämtliche Leistungen zu erbringen hat, die nach dessen jeweiligem Stand der Planung und Ausführung erforderlich sind, um die in diesem Vertrag bestimmten Planungsaufgaben und -ziele zu erreichen.
- 4.13 Der Auftragnehmer führt ein fortlaufendes Plan- und Protokollregister (inkl. Versionierung) erstellt die jeweiligen Protokolle und stellt es dem Auftraggeber zeitnah digital zur Verfügung.

§ 5 Stufenweise Beauftragung

- 5.1 Sämtliche Leistungen werden stufenweise beauftragt. Die Unterteilung und Beauftragung in Stufen gestaltet sich wie folgt:

- 5.1.1 Stufe 1 (mit Vertragsunterzeichnung)

- Bauphysik LP 1 – 2
- Gebäude und Innenräume LP 1 – 2
- Tragwerksplanung LP 1 - 2
- Technische Ausrüstung LP 1 - 2
- Brandschutz LP 1-2

nach den näheren Bestimmungen der Leistungsbeschreibung.

5.1.2 Stufe 2 (optional durch Weiterbeauftragung)

- Bauphysik LP 3 – 4
- Gebäude und Innenräume LP 3 – 4
- Tragwerksplanung LP 3 – 4
- Technische Ausrüstung LP 3 – 4
- Brandschutz LP 3-4

nach den näheren Bestimmungen der Leistungsbeschreibung.

5.1.3 Stufe 3 (optional durch Weiterbeauftragung)

- Bauphysik LP 5 – 7
- Gebäude und Innenräume LP 5 – 7
- Tragwerksplanung LP 5 – 7
- Technische Ausrüstung LP 5 – 7
- Brandschutz LP 5-7

nach den näheren Bestimmungen der Leistungsbeschreibung.

5.1.4 Stufe 4 (optional durch Weiterbeauftragung)

- Gebäude und Innenräume LP 8
- Tragwerksplanung LP 8
- Technische Ausrüstung LP 8
- Brandschutz LP 8

nach den näheren Bestimmungen der Leistungsbeschreibung.

5.1.5 Stufe 5 (optional durch Weiterbeauftragung)

- Gebäude und Innenräume LP 9
- Tragwerksplanung LP 9
- Technische Ausrüstung LP 9
- Brandschutz LP 9

nach den näheren Bestimmungen der Leistungsbeschreibung.

5.2 Die Stufe 1 ist abgeschlossen mit Erbringung der vollständigen LP 2.

5.3 Die Stufe 2 ist abgeschlossen mit Vorliegen der Baugenehmigung(en) für das Projekt.

- 5.4 Leistungsziel der Stufe 3 ist die Erstellung der vergabereifen Planung und korrespondierender Leistungsverzeichnisse sowie die Vergabe der Einzelgewerke. Die Stufe 3 ist abgeschlossen mit Erbringung der vollständigen LP 7.
- 5.5 Die Stufe 4 ist mit der mängelfreien Abnahme des Vertragsobjekts durch den Auftraggeber und der zuvor durchgeführten mängelfreien baurechtlichen Abnahme (Abnahme Bauamt) und dem Abschluss der Prüfung der Schlussrechnungen durch den Auftragnehmer abgeschlossen.
- 5.6 Die Stufe 5 ist mit der Objektbetreuung und Dokumentation als fachliche Bewertung der innerhalb der Verjährungsfristen für Gewährleistungsansprüche feststellbaren und festgestellten Mängel inkl. notwendiger Begehungen abgeschlossen.
- 5.7 Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer nach Maßgabe dieses Vertrages, insb. der Anlage 1 mit der Erbringung Besonderer Leistungen, die für die Neuerrichtung der zentralen Notaufnahme erforderlich sind.
- 5.8 Mit Vertragsunterzeichnung beauftragt der Auftraggeber den Auftragnehmer zunächst mit den Grundleistungen der Stufe 1. Der Auftraggeber ist berechtigt und behält sich vor, dem Auftragnehmer die Stufen 2, 3, 4 und 5 jeweils ganz oder teilweise durch eine jeweilige spätere gesonderte Beauftragung in Textform zu übertragen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber rechtzeitig schriftlich darauf hinzuweisen, zu welchem spätesten Zeitpunkt ein solcher Abruf weiterer Leistungen bzw. Leistungsstufen erforderlich ist, damit eine unterbrechungsfreie Leistung des Auftragnehmers und die Einhaltung des Terminplans sichergestellt ist. Der Auftragnehmer verpflichtet sich und bietet hiermit an, die Leistungen (oder Teilleistungen) nach entsprechender Beauftragung durch den Auftraggeber zu erbringen. Letzteres gilt nicht, wenn zwischen der vollständigen Beendigung der (jeweils zuletzt) beauftragten Leistung und der jeweiligen Anschlussbeauftragung mehr als 6 Monate liegen. Die vorgenannte Frist beginnt jedoch nicht vor dem Zugang des Hinweises des Auftragnehmers gemäß Satz 3 dieses § 5.8 bei dem Auftraggeber zu laufen. Eine vollständige Beendigung der Leistungen der jeweils vorangegangenen Stufe liegt ab jeweiliger berechtigter Teilschlussrechnungsstellung durch den Auftragnehmer vor. Die Parteien stellen klar, dass ein Überspringen von Beauftragungsstufen möglich ist, d.h. dass die Leistungsstufen nicht nur in der genannten Reihenfolge abgerufen werden können.
- 5.9 Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Beauftragung mit einer weiteren Stufe besteht nicht. Der Auftragnehmer kann keine Rechte geltend machen, insbesondere keine Erhöhung seines Honorars oder Schadenersatz bzw. entgangenen Gewinn verlangen, wenn eine oder mehrere Anschlussbeauftragung(en) der Stufe 2, 3, 4 oder 5 nicht oder nur teilweise erfolgt/erfolgen.
- 5.10 Der Auftraggeber entscheidet sich schnellstmöglich nach vertragsgemäßigem Abschluss der jeweiligen Stufen sowie der Vorlage aller entscheidungserheblicher Unterlagen über die Beauftragung der nächsten Stufe.

- 5.11 Enthält die Anschlussbeauftragung keine entgegenstehenden Festlegungen, wird jeweils die gesamte Stufe beauftragt. Für sämtliche stufenweise beauftragten Leistungen gelten die Bedingungen dieses Vertrages.
- 5.12 Jede Beauftragung des Auftragnehmers – sei es eine Stufenbeauftragung, eine Anschlussbeauftragung oder die Beauftragung besonderer oder zusätzlicher Leistungen – bedarf mindestens der Textform. Mündliche Absprachen oder konkludentes Verhalten genügen nicht. Der Auftragnehmer trägt das Risiko, wenn er ohne eine in Textform erteilte Beauftragung Leistungen erbringt.

§ 6 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

- 6.1 Der Auftragnehmer berücksichtigt und integriert im erforderlichen Umfang die Leistungen aller anderen fachlich Beteiligten bei seiner Planung. Er fordert für die fristgerechte und vollständige sowie mängelfreie Erbringung seiner eigenen Leistungen alle erforderlichen Angaben, Auskünfte, Planungsleistungen etc. der anderen fachlich Beteiligten rechtzeitig an, erforderlichenfalls über den Auftraggeber. Das schließt die rechtzeitige Übergabe eigener Leistungen und Leistungsinhalte oder deren Erläuterung ein, die notwendig sind, damit die anderen Beteiligten die Planung ihrer Leistungen rechtzeitig und mangelfrei erbringen können. Der Auftragnehmer und die anderen fachlich Beteiligten sollen sich im Sinne der bestmöglichen Projektrealisierung als gemeinsames Planungsteam verstehen und daher fortlaufend eng abstimmen und austauschen.
- 6.2 Der Auftragnehmer hat auf der Grundlage mit Vertragsschluss vorliegenden, durch den Auftraggeber überlassenen Unterlagen, Gutachten, Berechnungen und Beschreibungen eigenverantwortlich eine vollständige und ausführungsreife planerische Lösung fortzuentwickeln und diese in allen erforderlichen Einzelheiten zu erstellen, unabhängig davon, welche Leistungsphase (oder Teile davon) nach der HOAI ggf. betroffen ist. Es wird verwiesen auf die Anlage 1 und Anlage 2. Der AN übernimmt die Verantwortung für die für eine vertragsgerechte Projektrealisierung erforderliche Planung, insbesondere für deren Übereinstimmung und Genehmigungs- und Ausführungsfähigkeit im Hinblick auf die anerkannten Regeln der Technik, die jeweils geltenden gesetzlichen, insbesondere allgemeinen und besonderen baurechtlichen Vorschriften und Richtlinien, behördlichen Regelungen und Anordnungen sowie allen sonstigen relevanten geltenden Regeln und Normen.
- 6.3 Aus den durch den Auftraggeber überlassenen Unterlagen, Berechnungen und Beschreibungen des Vertragsobjekts kann der Auftragnehmer keine Haftung des Auftraggebers oder Ansprüche gegen den Auftraggeber (gleich welcher Art) herleiten. Sie sind vom Auftragnehmer zu prüfen, ggf. zu ergänzen und/oder zu korrigieren und so weiterzuentwickeln, dass im Ergebnis ein dauerhaft funktionierendes mangelfreies Bauwerk in der geforderten architektonischen und technischen Qualität und Funktionsfähigkeit entsteht.

- 6.4 Hat der Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung seiner Leistungen gegen die Anwendung der im Vertrag oder den Anlagen aufgeführten Unterlagen oder der einzuhaltenden Bestimmungen und Richtlinien Bedenken oder stellt er Lücken, Überschneidungen oder Widersprüche fest, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform hierauf hinweisen. Darüber hinaus hat der Auftragnehmer seine Leistungen nach den Anforderungen und Anregungen des Auftraggebers zu erfüllen und etwaige Bedenken hiergegen unverzüglich in Textform mitzuteilen. Er hat seine vertraglichen Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber und den anderen Projektbeteiligten abzustimmen und die Beiträge der anderen an der Planung fachlich Beteiligten (Unterlagen und Pläne) auf Plausibilität und Konsistenz mit der eigenen Planung sowie Richtig- und Vollständigkeit zu prüfen, bevor er sie bei der eigenen Leistungserbringung berücksichtigt und sie in die eigenen Leistungen integriert.
- 6.5 Mit Blick auf die für den Auftraggeber besonders wichtige Terminalsicherheit hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber zu jedem Zeitpunkt der Zusammenarbeit rechtzeitig in Textform auf voraussichtliche Terminabweichungen hinzuweisen. Zusätzlich sind Lösungsvorschläge zur Einhaltung der von dem Auftraggeber vorgegebenen Termine zu unterbreiten, sofern die Terminabweichungen im Einflussbereich des Auftragnehmers liegen. Entsprechendes gilt für die einzuhaltenden Qualitäten und Kosten.
- 6.6 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sein Mitarbeiterteam hinsichtlich der Anzahl und fachlicher Qualifikation so zu besetzen und während der Vertragsdurchführung vorzuhalten, dass keine Verzögerungen in Planung und Bauausführung bzw. Objektüberwachung entstehen und insbesondere die in diesem Vertrag vereinbarten Fristen und Termine eingehalten werden.
- 6.7 Die Leistungen des Auftragnehmers müssen den anerkannten Regeln der Technik sowie den einschlägigen öffentlichen Bestimmungen und allen sonstigen einschlägigen technischen Bestimmungen und Richtlinien zum Zeitpunkt der Abnahme entsprechen. Der Auftragnehmer ist dazu verpflichtet, sich ständig über die Entwicklung des Standes der anerkannten Regeln der Technik informiert zu halten und dem Auftraggeber erforderlichenfalls, insbesondere in Fällen von Normänderungen, darüber bezogen auf den Vertragsgegenstand zu unterrichten und v.a. zu erläutern, wie der Stand der anerkannten Regeln der Technik Eingang in die geschuldeten Leistungen findet. Ändert sich während der Planungs- und/oder Bauzeit der Stand der anerkannten Regeln der Technik oder anderer Bestimmungen, Richtlinien etc., wird der Auftraggeber nach Mitteilung durch den Auftragnehmer in Textform darüber entscheiden, ob diese Änderungen bei der Planung und/oder Bauerrichtung zu berücksichtigen sind.
- 6.8 Der planerische Mehraufwand des Auftragnehmers aus der Berücksichtigung von Normänderungen oder Änderungen der anerkannten Regeln der Technik trägt der Auftragnehmer, es sei denn, die Änderung war zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht vorhersehbar. In diesem Fall trägt der Auftraggeber die Mehrkosten, die sich nach § 13

bestimmen, sofern die Parteien im Einzelfall nichts anderes vereinbaren. Als vorhersehbar gilt eine Änderung insbesondere dann, wenn sie zum Zeitpunkt des jeweiligen Einzelabrufs im Entwurf zur Gesetzesänderung oder – soweit es sich um technische Vorschriften handelt – als sog. „Gelbdruck“ vorlag.

- 6.9 Angaben und Festlegungen in diesem Vertrag oder in den Anlagen aufgeführte Unterlagen sowie etwa zukünftig hinzutretende Vertragsunterlagen entbinden den Auftragnehmer nicht von seiner Verpflichtung zur selbstständigen Prüfung und von seiner Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihm geschuldeten Leistungen. Die Haftung des Auftragnehmers für seine nach dem Vertrag geschuldeten Leistungen wird durch Zustimmung des Auftraggebers oder eine etwaige Freigabe von Plänen nicht eingeschränkt.

- 6.10 Der Auftragnehmer erstellt sämtliche Planungen und Plan-Fortschreibungen (Grundrisse, Schnitte, Ansichten, Details, Schemapläne etc.) in CAD und stellt sie dem Auftraggeber fortlaufend sowie nach Abschluss einer jeden HOAI-Leistungsphase gesammelt in noch von dem Auftraggeber zu bestimmender Form, zumindest aber als .dxf/.dwg und .pdf-Format, zur Verfügung. Die Planungsinhalte dürfen vom Auftragnehmer auf einem BIM-basierten System erstellt werden, das die sicherheitsrelevanten Vorgaben erfüllt. Auf Anforderung liefert der Auftragnehmer dem Auftraggeber die aktuellen Zwischenstände auch vor Abschluss einer Leistungsphase. Der Auftragnehmer hat die vereinbarte Plancodierung verbindlich einzuhalten. Das Ergebnis jeder Leistungsphase ist mit dem Auftraggeber zu erörtern.

- 6.11 Sofern während der Vertragsdauer Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auftragnehmer und anderen Projektbeteiligten, insbesondere auf Ausführungsseite, auftreten, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform zu informieren. Der Auftraggeber wird sodann eine Entscheidung treffen.

- 6.12 Der Auftragnehmer hat die Interessen des Auftraggebers zu wahren. Soweit dies den Interessen des Auftraggebers entgegenstehen könnte, darf er nicht die Interessen ausführender Unternehmen oder sonstiger Unternehmer oder Lieferanten vertreten.

- 6.13 Der Auftragnehmer sichert die Einhaltung aller anwendbaren Compliance-, Antikorruptions- und Vergabevorschriften zu und verpflichtet auch seine Unterauftragnehmer hierzu schriftlich.

§ 7 Kostenziel

- 7.1 Der Auftragnehmer hat im Rahmen der Stufe 1 gemäß § 5.1.1 eine vertiefte Kostenschätzung und im Rahmen der Stufe 2 gemäß § 5.1.2 eine anschließende Kostenberechnung nach DIN 276 (Fassung 2018-12) zu erstellen. Mit Freigabe durch den Auftraggeber gelten die sich aus der Kostenberechnung ergebenden Kosten als verbindliches Kostenziel.

- 7.2 Der Auftragnehmer erstellt seine vertiefte Kostenschätzung bzw. Kostenberechnung nach der Bauteil(element)methode in der Gliederungssystematik der DIN 276 (Fassung 2018-12) bis zur zweiten Ebene (für die Kostenschätzung) bzw. dritten Ebene (für die Kostenberechnung). Bei allen Kostenangaben sind die kostenrelevanten Hauptbestandteile nach Menge und dazugehörigen Kosten zu untergliedern, um die Auswirkungen von Änderungen der Ausstattungs- und Konstruktionsvorgaben nachvollziehen zu können. Den Kostenermittlungen liegt ein schriftlicher Kostenbericht nebst Erläuterungen bei.
- 7.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich bei der Erbringung seiner Leistungen an dieses verbindliche Kostenziel zu halten. Die Einhaltung ist durch den Auftragnehmer zu beachten und eine Unterschreitung bei gleichzeitiger Einhaltung der Qualitäten und Funktionalitäten nach Kräften zu fördern. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, zur Einhaltung des Kostenziels sämtliche fachlich zumutbaren Optimierungs- und Einsparpotenziale auszuschöpfen, ohne Qualitäten/Funktionalitäten zu unterschreiten, und entsprechende Vorschläge proaktiv zu unterbreiten. Der Auftragnehmer hat auch die etwa von ihm zur Vertragserfüllung beauftragten Unterauftragnehmer zur Einhaltung der auf die einzelnen Leistungsphasen oder -abschnitte entfallenden Kostenziel zu verpflichten, so dass diese nicht überschritten wird.
- 7.4 Bestandteil der Kostenkontrolle gemäß § 4.6 ist auch ein Soll-/Ist-Vergleich der aktuellen Kostenermittlung zu dem vereinbarten Kostenziel, sowohl in Bezug auf die jeweilige Leistungsphase als auch in Bezug auf die Gesamtleistung. Nach Abschluss jeder Leistungsphase hat der Auftragnehmer den Auftraggeber schriftlich mitzuteilen, ob die Planung die Einhaltung des Kostenziels insgesamt weiterhin sicherstellt. Sollte dies nicht der Fall sein, teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber mit, welche Möglichkeiten bestehen, um das Kostenziel wieder einhalten zu können. Diese Mitteilungspflicht obliegt dem Auftragnehmer auch für Umstände aus dem Bereich etwaiger weiterer Planungsbeteiligter, sofern diese im Einflussbereich des Auftragnehmers liegen. Er darf sich nicht darauf verlassen, dass diese ihren entsprechenden Mitteilungspflichten nachkommen.
- 7.5 Das Kostenziel i.S.v. § 7.1 wird im Sinne einer Beschaffenheit vereinbart. Insgesamt gilt für Rechtsfolgen aus der etwaigen Überschreitung des Kostenziels: Der Auftragnehmer muss nicht für Überschreitungen des Kostenziels einstehen (z.B. im Sinne von Schadensersatz, Honorarminderung, Umplanung etc.), die er nicht zu vertreten hat, d.h. es gilt insgesamt das „Verschuldensprinzip“. Dies bedeutet beispielhaft, dass das verbindliche Kostenziel mehrkostenverursachende Änderungswünsche oder -anordnungen des Auftraggebers ebenso wenig abbildet wie etwaige (auch unter Berücksichtigung der derzeitigen angespannten wettbewerblichen Situation weltweiter Lieferketten, verbleibender Folgen der COVID-19-Pandemie oder des Ukraine Kriegs) für den Auftragnehmer nicht vorhersehbare Mehrkosten durch unzureichenden wettbewerblichen Markt, überdurchschnittliche Zuschläge, nicht vorhersehbare

Mehrkosten durch Baugrund- oder Baubestandsrisiken, für den Auftragnehmer nicht vorhersehbare Änderungen technischer Regeln oder behördlicher Anordnungen sowie Mehrkosten durch Insolvenzen bauausführender Unternehmen. Für solche Kostensteigerungen ist der Auftragnehmer also nicht verantwortlich.

- 7.6 Etwaige Erhöhungen des Kostenziels bedürfen für ihre Wirksamkeit der Vereinbarung in Textform.
- 7.7 Sobald erkennbar wird, dass das Kostenziel nicht eingehalten wird, hat der Auftragnehmer unverzüglich die Gründe für die Abweichung in Textform mitzuteilen, den Auftraggeber über die Auswirkungen zu unterrichten und ihm sämtliche möglichen Handlungsoptionen (insbesondere Einsparmöglichkeiten) aufzuzeigen. Außer in Fällen von Leistungsänderungen gemäß § 13 dieses Vertrags sowie solchen Fällen, in denen der Auftragnehmer die Überschreitung des Kostenziels nicht zu vertreten hat, sind Maßnahmen, die erforderlich werden, um die Einhaltung des Kostenziels zu gewährleisten, mit dem Honorar nach diesem Vertrag abgegolten. Entscheidet sich der Auftraggeber für die vom Auftragnehmer vorgeschlagenen Einsparvorschläge, setzt der Auftragnehmer diese planerisch um. Entscheidet sich der Auftraggeber gegen die Einsparvorschläge oder trifft er keine Entscheidung trotz Fristsetzung von 10 Kalendertagen, ist die bisherige Planung fortzusetzen; das Kostenziel erhöht sich dann um das (nicht wahrgenommene) Einsparvolumen, unabhängig von der Frage des Verschuldens. Etwaige Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben davon unberührt.

§ 8 Beachtung der Verordnungen der Europäischen Union „Russland-Sanktionen“

- 8.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich während der gesamten Vertragslaufzeit sämtliche einschlägigen und zur Anwendung kommenden Vorschriften und Regeln über die Restriktionen gegen Russland wegen des Angriffskriegs gegen die Ukraine zu beachten und einzuhalten. Als solche hat er insbesondere die Vorgaben und Beschränkungen nach den einschlägigen EU-Verordnungen, insbesondere die „Verordnung (EU) 2022/428 des Rates vom 15. März 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren“ sowie die „Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren“, Personen- und Länder-Embargomaßnahmen sowie die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung, und auch – soweit anwendbar – die entsprechenden Beschränkungen und Maßnahmen der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs zu beachten.
- 8.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiter, den Auftraggeber jeweils unverzüglich auf etwaige nach den einschlägigen Vorschriften bestehende Verbote oder Genehmigungsvorbehalte betreffend der vertraglich geschuldeten Leistungen und Lieferungen hinzuweisen. Dies gilt auch und insbesondere für den Fall, dass die

Durchführung des Vertrages eine unzulässige mittelbare Bereitstellung von Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen im Sinne der einschlägigen EU-Embargoverordnungen darstellen könnte, weil einer der beteiligten Leistungsempfänger unmittelbar oder mittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle einer sanktionierten natürlichen oder juristischen Person, Organisation oder Einrichtung steht.

- 8.3 Verstößt der Auftragnehmer gegen eine der vorgenannten Bestimmungen, ist der Auftraggeber jederzeit zur außerordentlichen Kündigung und zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen berechtigt. Der Auftragnehmer ist verpflichtet den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen Dritter freizustellen.

§ 9 Fachlich Beteiligte

- 9.1 Fachtechnisch Weisungsbefugter des Auftraggebers ist Thomas Sorajewski. Der Auftragnehmer hat ausschließlich die Weisungen und Anordnungen des Auftraggebers und der zuvor genannten Person (oder dessen Vertreter oder Nachfolger) zu beachten und bei seiner Leistungserbringung umzusetzen. Andere Projektbeteiligte sind dem Auftragnehmer gegenüber nur nach ausdrücklicher vorheriger Zustimmung des Auftraggebers weisungsbefugt.
- 9.2 Etwaige von dem Auftraggeber dem Auftragnehmer als Ansprechpartner für die Abwicklung dieses Vertragsverhältnisses benannte Personen haben ohne entsprechende ausdrückliche schriftliche Erklärung des Auftraggebers nicht das Recht, diesen rechtsgeschäftlich zu vertreten und z.B. vertragsändernde Erklärungen für den Auftraggeber abzugeben.
- 9.3 Der Auftragnehmer benennt als Projektleiterin Melanie Rothland sowie als stellvertretenden Projektleiter Mark Jackschath
- 9.4 Die die beiden vorgenannten Personen sind Hauptansprechpartner für den Auftraggeber in allen planerischen und organisatorischen Belangen für den gesamten Planungs- und Ausführungszeitraum. Die Änderung des Projektsupervisor und des Projektleiters durch den Auftragnehmer kann nur aus wichtigem Grund erfolgen und bedarf der Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes verlangen, dass der Auftragnehmer einen anderen, gleich qualifizierten Projektsupervisor bzw. Projektleiter benennt.
- 9.5 Rechtsgeschäftlich vertretungsbefugter Ansprechpartner auf Seiten des Auftragnehmers in allen vertraglichen Angelegenheiten ist .
- 9.6 Der Auftragnehmer berät den Auftraggeber rechtzeitig über die Notwendig- oder Zweckmäßigkeit des Einsatzes von Dritten, z. B. Gutachtern. Der Auftraggeber entscheidet in Abstimmung mit dem Auftragnehmer über deren Auswahl und Einschaltung.

- 9.7 Die Mitarbeiter des Auftragnehmers müssen grundsätzlich über eine abgeschlossene Ausbildung und eine angemessene Berufspraxis verfügen. Die Vertreter des Auftragnehmers für die einzelnen Teilleistungen und deren Stellvertreter sind dem Auftraggeber vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu benennen.

§ 10 Termine und Fristen

- 10.1 Der Auftragnehmer erbringt seine Leistungen jeweils so rechtzeitig, dass die von dem Auftraggeber vorgegebenen Termine eingehalten werden.

- 10.2 Folgende verbindliche Vertragsfristen sind von dem Auftragnehmer einzuhalten:

- 10.2.1 Zwischentermin / Meilenstein 2:

Fertigstellung der Entwurfsplanung	XXX
------------------------------------	-----

- 10.2.2 Zwischentermin / Meilenstein 3:

Einreichung Bauantrag	XXX
-----------------------	-----

- 10.2.3 Zwischentermin / Meilenstein 4:

Ausführungsplanung/ Fertigstellung LP 5	XXX
---	-----

- 10.2.4 Zwischentermin / Meilenstein 6:

Start mit der Baumaßnahme vor Ort / Baubeginn	XXX
---	-----

- | | |
|------------------------------------|------------|
| 10.2.5 Gesamtfertigstellungstermin | 31.07.2030 |
|------------------------------------|------------|

- 10.3 Weitere für den Planungs- und Baufortschritt bedeutsame Fristen und Termine können im Leistungsverlauf sukzessiv zwischen den Parteien vereinbart werden.

- 10.4 Gerät der Auftragnehmer mit seiner Leistung in Rückstand und erbringt er die ausstehende Leistung trotz Mahnung nicht innerhalb einer angemessenen Frist, in der Regel innerhalb von maximal 15 Werktagen, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistungen der entsprechenden Leistungsphase ganz oder teilweise oder alle beauftragten Leistungsphasen aus wichtigem Grund zu kündigen. Das Kündigungsrecht besteht nicht, wenn der Auftragnehmer die Verzögerung nicht zu vertreten hat. Schadensersatz- oder sonstige Ansprüche des Auftraggebers wegen der Verzögerung oder im Zusammenhang mit der Kündigung aus wichtigem Grund bleiben unberührt.

- 10.5 Verzögert der Auftragnehmer eine Leistung, für die keine Vertragsfrist besteht, kann ihm der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Leistungserbringung setzen. Hält der Auftragnehmer diese Frist nicht für angemessen, hat er unverzüglich zu widersprechen und dem Auftraggeber den aus seiner Sicht erforderlichen Zeitraum für die Leistungserbringung unter Beachtung der Vertragsfristen zu benennen. Der Auftraggeber kann dann unter Würdigung der Angaben des Auftragnehmers nach Maßgabe des § 315 BGB nach billigem Ermessen eine neue Frist zur Leistungserbringung setzen.
- 10.6 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, in Abstimmung mit dem Auftraggeber und unter Berücksichtigung des Rahmenterminplans (Anlage 5) einen Terminplan für die Ausführung der Leistungen zu erstellen und dem Auftraggeber spätestens bis zum Abschluss der Stufe 1 vorzulegen. Der Terminplan wird als Anlage 6 Vertragsbestandteil. Legt der Auftragnehmer diesen Terminplan nicht fristgemäß vor oder können sich die Parteien nicht auf verbindliche Vertragsfristen einigen, kann der Auftraggeber diese nach Maßgabe des § 315 BGB festlegen bzw. auf dessen Kosten erstellen lassen.

§ 11 Vertragsstrafe

- 11.1 Gerät der Auftragnehmer mit der Einhaltung eines Zwischentermins gemäß §§ **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** - 10.2.5 in Verzug, ist er pro Werktag des Verzugs zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 0,2 % des Netto-Honorars verpflichtet, es sei denn, er hat die Verzögerung nicht zu vertreten. Der Auftragnehmer trägt die Darlegungs- und Beweislast. Für vereinbarte Zwischenfristen gilt: Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung einer Zwischenfrist ist der Teil des Nettohonorarwerts der betroffenen Teilleistung, der den bis zu diesem jeweiligen Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht. Der anteilige Nettohonorarwert kann im Zweifelsfall aus etwaigen Abschlagsrechnungen abgeleitet werden.
- 11.2 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung einer Zwischenfrist werden zunächst auf eine etwaige Vertragsstrafe für eine spätere Zwischenfrist und sodann auf eine etwaige Vertragsstrafe wegen Verzuges bzgl. des Endtermins angerechnet. Zudem ist eine bereits gezahlte Vertragsstrafe dem Auftragnehmer wieder zurückzuzahlen, sofern und soweit (1) der Endtermin durch den Auftragnehmer doch noch eingehalten wird und (2) dem Auftraggeber kein Schaden aus dem Verzug mit den Zwischenfristen entstanden ist.
- 11.3 In Summe wird die Vertragsstrafe auf 5 % der berechtigten Netto-Schlussrechnungssumme begrenzt, und zwar auch, wenn sich mehrere Vertragsstrafenbeträge summieren.
- 11.4 Die Vertragsstrafe gilt, sofern sich die Vertragsfristen verschieben, auch für die neuen Vertragsfristen. Im Verzugsfall ist daher die Nichteinhaltung einer neuen Vertragsfrist

vertragsstrafenbewehrt, ohne dass es bei der Verschiebung einer besonderen Vereinbarung bedarf.

- 11.5 Weitergehende Schadensersatzansprüche wegen des Verzugs mit den Vertragsfristen bleiben unberührt, die Vertragsstrafe wird jedoch auf die Schadensersatzansprüche angerechnet.
- 11.6 Der Auftraggeber braucht sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe nicht bereits bei der Abnahme vorzubehalten. Er kann sie noch bis zur Fälligkeit der Schlusszahlung, wenn die Schlusszahlung vor Fälligkeit erfolgt, jedoch nur bis zur Schlusszahlung, geltend machen und insbesondere – im Fall rechtzeitiger Geltendmachung – von der Schlusszahlung abziehen.

§ 12 Honorar

- 12.1 Die Parteien vereinbaren das folgende Honorarsystem:

- 12.1.1 Die Grundleistungen je beauftragter Stufe gemäß § 5.1 werden nach anrechenbaren Kosten unter Anwendung der Honorarermittlungsgrundsätze der HOAI sowie der vereinbarten Honorarparameter aus dem Honorarblatt (Anlage 2) und der endgültigen Kostenberechnung (Anlage 3) honoriert.

- 12.1.2 Besondere Leistungen, sowie Sachverständigen- und Beratungsleistungen werden entsprechend dem Honorarblatt (Anlage 2) gemäß der im Honorarblatt vereinbarten Pauschalen honoriert.

- 12.1.3 Zusätzliche Leistungen ggf. weitere im Honorarblatt nicht bepreiste Besondere Leistungen, werden nach nachgewiesenem Zeitaufwand unter Anwendung der im Honorarblatt ausgewiesenen Stundensätze honoriert.

- 12.2 Voraussetzung für die Honorierung nach nachgewiesenem Zeitaufwand ist, dass der Auftraggeber eine vorherige Beauftragung mindestens in Textform erteilt hat und der Auftragnehmer die Stundennachweise jeweils bis zum Ablauf eines Folgemonats für den vorangegangenen Monat an den Auftraggeber überreicht hat und die Stundennachweise in Textform mit Angabe des Leistungszeitraums und Angabe des Themas, den Mitarbeiterinsatz nach Arbeitsgebiet, aufgewandten Stunden und Tageszeit/Ort bezeichnen. Berücksichtigt der Auftragnehmer diese formale Anforderung nicht, ist grundsätzlich ein zeitabhängiger Vergütungsanspruch ausgeschlossen.

- 12.3 Die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gesetzlich gültige Umsatzsteuer ist in den Honoraren und Nebenkosten nicht enthalten. Sie wird jeweils zusätzlich gezahlt.

- 12.4 Nebenkosten gemäß § 14 HOAI, in denen auch die Reisekosten und -zeiten enthalten sind, werden pauschal mit dem im Honorarblatt angebotenen prozentualen Zuschlag honoriert.

- 12.5 Für die Leistungen an bestehender Bausubstanz wird ein Umbauzuschlag gemäß § 6 Abs. 2 HOAI erhoben. Die genaue Höhe des Umbauzuschlags ergibt sich aus dem Honorarblatt (Anlage 2).
- 12.6 Die Abtretung von Honoraransprüchen sowie sonstiger Ansprüche aus der Abwicklung des Vertragsverhältnisses seitens des Auftragnehmers an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers wirksam.

§ 13 Leistungsänderungen

- 13.1 Sofern der Auftraggeber den Auftragnehmer mit geänderten oder zusätzlichen Leistungen beauftragt, bestimmt sich die Vergütung des Auftragnehmers nach folgenden Regelungen:
 - 13.1.1 Vergütungsfähige geänderte Leistungen im Sinne dieses Vertrags sind solche, die wiederholt oder in geänderter Form erbracht werden müssen. Dies bedeutet, dass notwendige Überarbeitungen der Planungsunterlagen bei nur unwesentlichen Veränderungen der Planungs- oder der Projektbedingungen oder Überarbeitungen im Rahmen eines typischen iterativen Planungsprozesses keinen Anspruch auf zusätzliches Honorar begründen.
 - 13.1.2 Vergütungsfähige zusätzliche Leistungen im Sinne dieses Vertrags sind solche Planungsleistungen, die nicht Teil des ursprünglichen vertraglichen Leistungsumfangs sind und mit denen der Auftraggeber den Auftragnehmer später zusätzlich beauftragt.
- 13.2 Geänderte oder zusätzliche Leistungen werden nur dann vergütet, wenn der Auftragnehmer dem Auftraggeber vor Beginn der Ausführung der geänderten oder zusätzlichen Leistung auf die zusätzliche Vergütungspflicht nach diesem Vertrag, den Umfang der Abweichung vom Leistungssoll sowie auf den voraussichtlichen Umfang des zusätzlichen Arbeits- und Zeitaufwandes zumindest in Textform hinweist. Dies gilt nicht, soweit (i) für den Auftraggeber in diesem Zeitpunkt offensichtlich war oder hätte sein müssen, dass die von ihm angeordnete Leistung am Markt nur gegen eine zusätzliche Vergütung erbracht werden würde, oder (ii) ein solcher Hinweis nicht kausal für eine (von dem Auftraggeber ohnehin beauftragte/angeordnete) geänderte/zusätzliche Leistung gewesen wäre oder (iii) der Auftragnehmer das Versäumen des Hinweises nicht zu vertreten hat.
- 13.3 Die beiden vorstehenden Ziffern §§ 13.1, 13.2 gelten entsprechend bei Projektbehinderungen. In solchen Fällen ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber auf den behindernden Umstand unverzüglich mindestens in Textform hinzuweisen. Den in den beiden vorstehenden Ziffern enthaltenen Regelungen entsprechend ist der Auftragnehmer auch insoweit von zusätzlichen Vergütungsansprüchen ausgeschlossen, wenn er der Anzeigepflicht nicht genügt bzw. das vorgesehene Verfahren nicht einhält.

- 13.4 Liegen nach den vorstehenden Absätzen zusätzliche oder geänderte Leistungen vor, gelten §§ 12.2, 12.4 entsprechend.
- 13.5 Auch soweit sich die Parteien über die Höhe des Zusatzhonorars oder darüber, ob dem Auftragnehmer dem Grunde nach ein Zusatzhonorar zusteht, noch nicht geeinigt haben, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die geänderten oder zusätzlichen Leistungen zu erbringen, sofern der Auftraggeber dies zumindest in Textform anordnet.
- 13.6 Im Übrigen sind die Leistungen, zu deren Erbringung sich der Auftragnehmer in diesem Vertrag verpflichtet hat, mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.

§ 14 Zahlungen und Schlussrechnung

- 14.1 Der Auftragnehmer kann monatlich Abschlagszahlungen in Höhe des Wertes der von ihm vertragsgemäß erbrachten Leistungen verlangen.
- 14.2 Abschlagszahlungen werden unter den in § 632a BGB genannten Voraussetzungen zu 90 % des dem AN für die entsprechenden nachgewiesenen Leistungen zustehenden Honorars erbracht. Der Sicherheitseinbehalt in Höhe von 10 % des Honorars kann durch Stellung einer Bürgschaft abgelöst werden. Diese ist als selbstschuldnerische, unbedingte und unbefristete Bürgschaft eines in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers (mit einem Mindestrating von A-), unter Verzicht auf die Einreden gem. §§ 770, 771 BGB sowie auf Aufrechnung und Hinterlegung auszugestalten. Dabei ist § 770 Abs. 1 BGB nicht ausgeschlossen, sofern es sich um eine Anfechtbarkeit nach § 123 BGB handelt. § 770 Abs. 2 BGB ist nicht ausgeschlossen, soweit die Gegenforderung des Auftragnehmers unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist. Die Nebenkosten werden jeweils anteilig mit und entsprechend den Abschlagszahlungen ohne Abzug bezahlt. Die Sicherheit ist entsprechend den im Vertrag vorgesehenen und beauftragten Leistungsstufen zu stellen. Die Bürgschaft ist mit Abnahme der letzten unter diesem Vertrag beauftragten Leistung zurückzugeben.
- 14.3 Zahlungen sind fällig jeweils 30 Kalendertage nach Zugang einer prüffähigen Rechnung bei dem Auftraggeber.
- 14.4 Alle Rechnungen sind in elektronischer Form an die E-Mailadresse rechnung@klinikum-lev.de und auf Verlangen des Auftraggebers in Papierform (Klinikum Leverkusen gGmbH, Am Gesundheitspark 11, 51375 Leverkusen) mit den notwendigen Rechnungsunterlagen (Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Skizzen usw.) einzureichen.
- 14.5 Unverzüglich nach vollständiger, mangelfreier Leistungserbringung sowie deren Abnahme durch den Auftraggeber und Vorliegen sämtlicher Pläne und sonstiger Unterlagen bei dem Auftraggeber hat der Auftragnehmer eine prüffähige Honorarschlussrechnung zu stellen. Die Schlusszahlung erfolgt innerhalb von einem Monat nach Zugang der prüffähigen Honorarschlussrechnung bei dem Auftraggeber.

- 14.6 Reicht der Auftragnehmer eine prüffähige Schlussrechnung trotz Vorliegens der vorgenannten Voraussetzungen auch innerhalb einer von dem Auftraggeber gesetzten angemessenen Nachfrist nicht ein, so kann der Auftraggeber selbst auf Kosten des Auftragnehmers eine prüffähige Ersatzschlussrechnung aufstellen (lassen). In diesem Fall wird die Honorarforderung des Auftragnehmers im Zeitpunkt der Fertigstellung der Ersatzschlussrechnung fällig.
- 14.7 Sämtliche Rechnungen für Abschlagszahlungen und die Schlussrechnung sind kumuliert im Hinblick auf die erbrachten Leistungen, die Rechnungsstellung und die erhaltenen Zahlungen auszustellen. Der Nachweis der erbrachten Leistungen ist durch den Auftragnehmer zu führen.
- 14.8 Nachforderungen des Auftragnehmers nach einer einmal erteilten Schlussrechnung sind ausgeschlossen, wenn der Auftraggeber hierauf entsprechende Zahlung geleistet hat und er davon ausgehen durfte, dass der Auftragnehmer mit der Schlussrechnung eine endgültige Bewertung und Abrechnung seiner Leistungen vorgenommen hat. Dies gilt nicht, wenn dem Auftragnehmer erst nach Erteilung der Schlussrechnung Sachverhalte bekannt werden, die ein höheres Honorar rechtfertigen.

§ 15 Abnahme

- 15.1 Die Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers erfolgt förmlich; § 640 Abs. 2 S. 1 BGB bleibt unberührt. Grundsätzlich erfolgt eine einheitliche Abnahme sämtlicher beauftragter Leistungen. § 650s BGB bleibt unberührt.
- 15.2 Im Zuge der Abnahme erstellen der Auftragnehmer und der Auftraggeber nach vollständiger und vertragsgemäßer Erbringung der geschuldeten Leistungen des Auftragnehmers ein von beiden Parteien zu unterzeichnendes Abnahmeprotokoll. Die Unterzeichnung von Plänen, Zeichnungen usw. durch den Auftraggeber oder seiner Bevollmächtigten stellt grundsätzlich keine Abnahme, sondern eine Planungsfreigabe dar, welche den Auftragnehmer nicht aus seiner Verantwortung entlässt.
- 15.3 Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber unter angemessener Fristsetzung zur Abnahme seiner Leistung auffordert, die Leistung aber nicht abnahmereif ist, kann der Auftraggeber die Abnahme innerhalb einer angemessenen Frist unter Nennung mindestens eines Mangels verweigern.
- 15.4 Bei Abnahme ist dem Auftraggeber – soweit eine Vertragserfüllungsbürgschaft übergeben oder ein entsprechender Einbehalt vorgenommen wurde, Zug um Zug gegen Rückgabe oder Auszahlung dieser – eine Gewährleistungsbürgschaft eines in der Europäischen Gemeinschaft zugelassenen Kreditinstituts in Höhe von 5 % des auf die jeweils betreffende (Teil-)Leistung entfallenden Netto-Honorars zu übergeben. Wird der Sicherheitseinbehalt für die Ausführungszeit gemäß § 14.2 nicht durch eine Bürgschaft abgelöst, so wird dieser bei Abnahme in Höhe von 5 % ausbezahlt; im Übrigen erfolgt die Ablösung durch Übergabe

einer entsprechenden Gewährleistungsbürgschaft. Der Auftraggeber hat die nicht verwertete Gewährleistungsbürgschaft (ggf. anteilig) zum Zeitpunkt des Ablaufs der betreffenden Gewährleistungsfrist zurückzugeben.

§ 16 Mängelansprüche

- 16.1 Die Haftung des Auftragnehmers für die Vollständigkeit und Mängelfreiheit seiner Leistungen bleibt unberührt, auch wenn der Auftraggeber sie vorbehaltlos entgegennimmt oder freigibt.
- 16.2 Mängelansprüche des Auftraggebers richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Der Rücktritt vom Vertrag ist ausgeschlossen; stattdessen gelten die Kündigungsregelungen dieses Vertrages.
- 16.3 Wird der Auftragnehmer wegen eines Schadens in Anspruch genommen, den auch ein Dritter zu vertreten hat, so haftet der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber nur insoweit, als der Schaden auf Umständen aus seinem Verantwortungsbereich beruht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, etwaige Regressansprüche gegen Dritte eigenständig und auf eigene Kosten zu verfolgen. Der Auftraggeber unterstützt den Auftragnehmer hierbei in zumutbarem Umfang, soweit dies erforderlich ist und der Auftraggeber dadurch nicht unverhältnismäßig belastet wird. Im Übrigen gilt § 650t BGB.

§ 17 Herausgabe von Unterlagen, Zurückbehaltungsrechte

- 17.1 Die vom Auftragnehmer im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen sind dem Auftraggeber nach Abschluss einer jeden Stufe gemäß § 5.1 herauszugeben. Sie werden sein Eigentum. Das gilt auch für projektbezogen erstellte Dateien oder Programme, die der Auftragnehmer vor Abnahme seiner Leistungen des Auftraggebers in elektronischer Form (.dxf/.dwg, .gaeb, .pdf) zu übergeben hat. Der Auftragnehmer überträgt dem Auftraggeber auch bezüglich dieser Unterlagen die Nutzungsrechte gemäß § 18 aus diesem Vertrag. Die dem Auftragnehmer überlassenen Unterlagen sind dem Auftraggeber spätestens nach Erfüllung seines Auftrages zurückzugeben. Die Herausgabe- und Nutzungsrechtsregelungen gelten unabhängig von einer etwaigen Honorarkontroverse. Zurückbehaltungsrechte sind ausgeschlossen. Verlangt der Auftraggeber die Übergabe nicht, kann der Auftragnehmer die Unterlagen 10 Jahre nach Abnahme der letzten von ihm erbrachten Leistung vernichten, wenn er die Unterlagen dem Auftraggeber nach Ablauf der 10 Jahre angeboten hat.
- 17.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, gegenüber seinen Mitarbeitern und Unterauftragnehmern eine entsprechende Herausgabepflicht vertraglich zu vereinbaren.
- 17.3 Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den von ihm erstellten Arbeitsergebnissen, die für die Durchführung der Planung und/oder die Realisierung des Projekts erforderlich sind, ist ausgeschlossen. Dies gilt auch im Falle der vorzeitigen

Vertragsbeendigung. Berechtigte Honoraransprüche des Auftragnehmers werden hierdurch nicht berührt.

§ 18 Nutzungsrechte

- 18.1 Das Urheberpersönlichkeitsrecht verbleibt beim Auftragnehmer, soweit er Urheber des betreffenden Werks ist.
- 18.2 Der Auftragnehmer überträgt dem dies annehmenden Auftraggeber im Zusammenhang mit dem Urheberrecht oder dem sonstigen Schutzrecht, das er am betreffenden Werk hält, ab deren Entstehen die Nutzungs- und Änderungsrechte mit folgendem Umfang:
 - 18.2.1 Der Auftraggeber erwirbt für das Projekt ein nicht ausschließliches, übertragbares, zeitlich, inhaltlich und räumlich unbeschränktes Nutzungsrecht an allen vom Auftragnehmer gefertigten Dateien (.dwg/.dxf, .gaeb, .pdf etc.), Zeichnungen, Dokumenten und sonstigen Unterlagen. Der Auftraggeber darf sie insbesondere uneingeschränkt für die Realisierung nutzen.
 - 18.2.2 Der Auftraggeber erwirbt vom Auftragnehmer auch das Recht, Änderungen an seinem Werk vorzunehmen. Dieses Änderungsrecht gilt auch später an dem bereits realisierten Bauwerk, an dem der Auftraggeber Umbauten vornehmen lassen möchte. Der Auftraggeber ist berechtigt, das Bauwerk abzubauen bzw. es bei Zerstörung wieder zu errichten. §§ 14 und 39 Abs. 2 UrhG bleiben unberührt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer vor einer Änderung/Umgestaltung bzw. Zerstörung informieren und Gelegenheit zur Stellungnahme geben.
- 18.3 Die vorstehend übertragenen Rechte verbleiben unwiderruflich bei dem Auftraggeber, während und nach Abschluss der Bauphase sowie auch im Falle einer vorzeitigen teilweisen oder gesamten Vertragsbeendigung, gleich aus welchem Grund, vorausgesetzt, dass keine schwerwiegenden Vertragsverletzungen durch den Auftraggeber vorliegen.
- 18.4 Bei Leistungen, die durch Unterauftragnehmer oder andere vom Auftragnehmer beauftragte Dritte erbracht wurden, hat der Auftragnehmer durch schriftliche Vereinbarungen mit diesen Dritten sicherzustellen, dass der Auftraggeber auch an diesen Leistungen die Rechte gemäß dieser Vorschrift eingeräumt werden. Eine entsprechende Erklärung müssen die Unterauftragnehmer auf Wunsch des Auftraggebers unmittelbar gegenüber dem Auftraggeber abgeben.
- 18.5 Der Auftragnehmer sichert zu, dass die im Rahmen dieses Vertrages erarbeiteten Unterlagen nicht gegen Rechte Dritter verstoßen. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber auf erstes Anfordern gegenüber sämtlichen geltend gemachten Ansprüchen Dritter aufgrund der Nutzung und Verwertung der von dem Auftragnehmer erarbeiteten Unterlagen freistellen. Die Parteien werden sich gegenseitig unverzüglich benachrichtigen,

falls ihnen gegenüber die Geltendmachung von Ansprüchen wegen Verletzung von Rechten Dritter droht.

- 18.6 Der Auftraggeber hat das Recht zur Veröffentlichung der erbrachten Leistungen unter Namensangabe des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die erbrachten Leistungen, insbesondere die Planung und Fotografien/Modelle des Projekts, zum Zweck der Eigenpräsentation für eigene Werbe- und Akquisiezwecke zu verwenden (Homepage, Ausstellungen, Bewerbungen, Präsentationen, Publikationen in der Fachpresse, Vorträge, etc.), soweit der Auftraggeber keine entgegenstehenden berechtigten Interessen hat (z.B. Geheimhaltungsverpflichtungen).
- 18.7 Eine für die vorstehend erfolgte Rechteübertragung an den Auftraggeber geschuldete Vergütung ist mit dem nach diesem Vertrag vereinbarten Honorar für den Auftragnehmer abgegolten. Dies gilt auch, wenn der Vertrag vorzeitig beendet wird und das vereinbarte Honorar entsprechend nur teilweise an den Auftragnehmer zu zahlen ist soweit rechtlich zulässig.

§ 19 Kündigung

- 19.1 Jegliche Kündigung ist nur wirksam, wenn sie schriftlich erfolgt, der Zugang der Kündigung muss dokumentiert werden (z.B. durch Einwurf-Einschreiben, Einschreiben mit Rückschein oder Telefax-Sendeprotokoll).
- 19.2 Der Auftragnehmer ist lediglich zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.
- 19.3 Ein wichtiger Grund für eine außerordentliche Kündigung liegt insbesondere vor, wenn das Projekt nicht durch-/weitergeführt wird oder der Auftragnehmer Insolvenz anmeldet.
- 19.4 Beruht der wichtige Grund auf einem Verhalten eines Unterauftragnehmers, ist der Auftraggeber alternativ berechtigt, dessen Austausch seitens des Auftragnehmers zu verlangen.
- 19.5 Wird aus einem Grund gekündigt, den der Auftraggeber zu vertreten hat, so erhält der Auftragnehmer für die bereits erbrachten, vertragsgemäßen Leistungen das vereinbarte Honorar. Für die beauftragten und noch nicht erbrachten Leistungen erhält er das vereinbarte Honorar unter Abzug der ersparten Aufwendungen sowie etwaigen Ersatzerwerbs (§ 648 BGB).
- 19.6 Hat der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und für den Auftraggeber aus der Sicht eines objektiven und verständigen Dritten im Rahmen des Vertragszwecks verwertbaren Leistungen zu vergüten. Etwaige Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

19.7 Eine Kündigung lässt die Regelungen des § 17 und § 18 unberührt.

§ 20 Haftpflichtversicherung

- 20.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine für das übernommene Risiko ausreichende Haftpflichtversicherung abzuschließen und für die Dauer des Vertrages inklusive einer Nachhaftung von 5 Jahren ab Abnahme aufrechtzuerhalten. Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit der Versicherungsschutz in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht oder in Frage gestellt ist. Sofern der Auftragnehmer den vereinbarten Versicherungsschutz oder dessen Aufrechterhaltung trotz Nachfristsetzung nicht nachweist, ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages berechtigt.
- 20.2 Für Personenschäden einerseits sowie für Sach-, Vermögensschäden andererseits müssen die Deckungssummen dieser Versicherung jeweils pro Schadensfall mindestens EUR 5 Mio. betragen (2-fach maximiert).
- 20.3 Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die von ihm beauftragten Unterauftragnehmer eine angemessene Haftpflichtversicherung für die Laufzeit des Vertrages abschließen, einschließlich einer Nachhaftung von 5 Jahren. Der Auftragnehmer hat das Bestehen des Versicherungsschutzes zu prüfen.
- 20.4 Der Auftragnehmer weist den Versicherungsschutz vor Leistungsbeginn und danach jährlich unaufgefordert nach. Bei Wegfall/Reduzierung des Versicherungsschutzes besteht ein Zurückbehaltungsrecht des Auftraggebers an Zahlungen.

§ 21 Pflichten bei Beauftragung von Unterauftragnehmern

- 21.1 Der Auftragnehmer führt die vertraglich geschuldeten Leistungen selbst oder mit den in seinem Angebot benannten Unterauftragnehmern aus. Ein Wechsel der im Angebot benannten Unterauftragnehmer ist nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes möglich und bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Ein wichtiger Grund ist nachzuweisen.
- 21.2 Die Beauftragung von Unterauftragnehmern entbindet den Auftragnehmer nicht von der ordnungsgemäßen Erfüllung sämtlicher Pflichten nach diesem Vertrag gegenüber dem Auftraggeber in eigener Verantwortlichkeit.
- 21.3 Der Auftragnehmer hat die Verträge mit den Unterauftragnehmern in der Weise zu gestalten, dass sie insbesondere im Hinblick auf Leistungs-, Termin- und Kostensicherheit sowie Ansprüchen wegen mangelhafter Planung und Versicherungspflicht den des Auftraggebers und Auftragnehmer geregelten Pflichten entsprechen. Der Auftragnehmer hat in den Verträgen mit den von ihm eingesetzten Unterauftragnehmern weiterhin zu

vereinbaren, dass eine weitere Untervergabe nur nach schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers zulässig ist.

- 21.4 Der Auftragnehmer hat die Leistungen der von ihm beauftragten Unterauftragnehmer in technischer, terminlicher, vertraglicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu koordinieren, zu steuern und zu überwachen. Der dafür erforderliche Aufwand ist mit dem Honorar abgegolten. Die Kommunikation zwischen Unterauftragnehmer und Auftraggeber erfolgt ausschließlich über den Auftragnehmer. Er stellt aber sicher, dass die Unterauftragnehmer jederzeit für Rückfragen des Auftraggebers und zu Besprechungen mit dem Auftraggeber oder anderen Projektbeteiligten zur Verfügung stehen.

§ 22 Schlussbestimmungen

- 22.1 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Leverkusen. Es gilt deutsches Recht.
- 22.2 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die Vertragsparteien sind in diesem Fall verpflichtet, die unwirksame Vertragsbestimmung dahingehend umzudeuten oder zu ergänzen, dass der mit der unwirksamen Bestimmung zum Ausdruck gekommene Parteiwille unter Einbeziehung der beabsichtigten wirtschaftlichen Zwecke erreicht wird. Entsprechendes gilt, wenn sich bei der Durchführung dieses Vertrages eine Regelungslücke ergeben sollte.
- 22.3 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages müssen, sofern gesetzlich nicht eine besondere Form vorgeschrieben ist, schriftlich festgelegt werden. Der Schriftform bedarf auch eine Änderung und/oder Ergänzung dieser Regelung. Soweit diese Form nicht beachtet wird, hat etwaige Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages derjenige zu beweisen, der sich auf sie beruft.

Ort, Datum

[...]

Ort, Datum

[...]

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1 Leistungsbeschreibungen des Auftraggebers inkl. Anlagen
- Anlage 2 Bestandsdokumentation
- Anlage 3 Kostenberechnung des Auftragnehmers nach DIN 276 (Fassung 2018-12) aus der Leistungsphase 3
- Anlage 4 Honorarblatt
- Anlage 5 Rahmenterminplan
- Anlage 6 Terminplan
- Anlage 7 Letztverbindliches Angebot des Auftragnehmers vom 21.04.2026 inkl. Anlagen